

Kampfansage

Altonaer Museum, Schauspielhaus . . . Hamburgs Kultur droht die totale Abwicklung durch die neue Regierung

Noch vor wenigen Tagen ging Vanessa Hirsch mit einem Hut zwischen den Besuchern der Vernissage einer Ausstellung des Skulpturenkünstlers Jaro Straub umher und bat um Spenden, weil Abbau und Rücktransport der Exponate noch gar nicht finanziert seien. Die Kuratorin des Altonaer Museums in Hamburg griff zu dieser drastischen Bettel-Symbolik, um auf den armseligen Zustand einer staatlichen Kultureinrichtung hinzuweisen, die kein Programm mehr machen kann, wenn sich nicht ein Spender ihrer erbarmt. An diesem Mittwochabend freilich hätte Hirsch ihren Hut gleich vor das Portal legen können, denn da gab Hamburgs neuer Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) bekannt, dass er das 109 Jahre alte kulturhistorische Museum schließen wolle – um 3,5 Millionen Euro zu sparen.

Diese erste Abwicklung eines staatlichen Museums in Hamburgs Geschichte ist eins von drei Blutopfern, das der neue Kultursenator Reinhard Stuth (CDU) geliefert hat, um in der großen Sparklausur des schwarz-grünen Senats nicht kämpfen zu müssen. 510 Millionen Euro hatte die Ahlhaus-Regierung als Ziel angegeben, um diesen Betrag müsse der Hamburger Haushalt strukturell, also grundsätzlich, reduziert werden. Doch anstatt darauf zu insistieren, welchen Flurschaden bereits kleine Millionen-Kürzungen in der Kulturlandschaft der Stadt anrichten, hat Reinhard Stuth sich dem Spar-diktat gebeugt und dann die Institutionen ans Messer geliefert, von denen gerade der geringste Widerstand zu erwarten ist. Neben dem Altonaer Museen tragen vor allem das Deutsche Schauspielhaus und die Bücherhallen die Hauptlast der rund 7 Millionen Euro, mit denen Stuth seine Quote in der Kultur weit übererfüllt.

Nach der kurzfristigen Flucht Friedrich Schirmers vom Intendanten-Posten vergangene Woche wurde dem Schauspielhaus die gesamte Sparlast für die Staatstheater von 1,2 Millionen Euro aufgebürdet, die früher traditionell mit dem Thalia Theater und der Oper geteilt wurde. Da es keine vernünftigen Argumente für diese einseitige Belastung gibt, hat diese Entscheidung ebenso den Kuch politischer Feigheit, wie die Schließung des Altonaer Museums, das die geringste Lobby in der Stadt besitzt, und die drastischen Kürzungen von 1,5 Millionen Euro bei den Bücherhallen, die ja vor allem von Kindern und Jugendlichen frequentiert werden.

Im Falle des Altonaer Museums ist das Vorgehen besonders grotesk, weil die

Die Behauptung, 3,5 Millionen Euro zu sparen, ist eine glatte Täuschung der Öffentlichkeit

Auslöschung dieser Einrichtung ein nahezu vollständig symbolischer Akt von politischem Aktivismus ist, der mittelfristig fast kein Geld einspart. Da Christoph Ahlhaus Entlassungen im Rahmen der Sparbemühungen kategorisch ausgeschlossen hat, müssen die Mitarbeiter woianders weiterbeschäftigt werden, wofür die Kulturbehörde irgendwelche „Aufgangsgesellschaften“ gründen möchte. Auch der Mietvertrag über 1 Million Euro für das Gebäude läuft noch zehn Jahre, und die Unterbringung der 650 000 Ausstellungsstücke nach der Schließung, die für nächstes Jahr beschlossen wurde, gibt es auch nicht umsonst. Die Behauptung, 3,5 Millionen Euro zu sparen, ist also eine glatte Täuschung der Öffentlichkeit.

Lisa Kosok, die noch amtierende Leiterin der Stiftungen Hamburger Museen, zu der das Altonaer Museum gehört, nennt die verordnete Abwicklung deswegen einen „Akt von Banausen, die sich keinerlei Vorstellung davon machen,

was ihre Entscheidung bedeutet“. Trotzdem gibt sich Kosok kämpferisch und prüft rechtliche Schritte gegen ihren Dienstherren. Denn ganz offensichtlich hat der Jurist Reinhard Stuth bei seinem Angebot, das Museum zu schließen, nicht in die Gründungsdokumente der Stiftung gesehen. Dort, so Kosok, stehe nämlich klipp und klar, dass keins der vier stadthistorischen Museen wegen Haushaltsproblemen geschlossen werden dürfe.

Auch im Schauspielhaus spricht man von Schließung, denn zusammen mit den bereits bestehenden Sparauflagen der Kulturbehörde summiert sich die reelle Kürzung auf zwei Millionen Euro, die das Budget künftig weniger aufweisen wird. „Das sind fünfzig Prozent unseres künstlerischen Etats“, sagt der kaufmännische Geschäftsführer und Interims-Intendant Jack Kurfess zur Größenord-

Ob man unter den katastrophalen Bedingungen einen Intendanten findet, ist stark zu bezweifeln

nung und benennt auch die Konsequenzen. Alle Nebenspielstätten inklusive des Malersaals müssen geschlossen werden. Das bedeutet auch das Aus für eines der erfolgreichsten Hamburger Theaterprojekte der letzten Jahre, das Junge Schauspielhaus von Klaus Schumacher, das den Malersaal bespielt.

Des weiteren bleibt das Haus im Jahr 2012, wenn die dringend notwendige Erneuerung der Bühnentechnik ansteht, ganz zu. Und ob man unter diesen katastrophalen Rahmenbedingungen in Kürze einen neuen Intendanten findet, der mehr Qualitäten besitzt als der momentane Kultursenator, ist stark zu bezweifeln. Aber auch dafür hat die nassforsche Regierung ja bereits eine Lösung parat. Ahlhaus erneuerte angeblich auf der Klausurtagung seinen Vorschlag, beide Hamburger Sprechtheater in Zukunft von einem einzigen Intendanten leiten zu lassen. Dass dieser momentan nur Joachim Lux heißen könnte, solche Gedankenspiele vom Chef des Thalia Theaters aber kategorisch ausgeschlossen werden, ist den Kulturprofis von der CDU bisher offenbar noch nicht aufgefallen. Vielleicht denken die ja längst darüber nach, ob nicht auch die CDU und die SPD mit einem einzigen Parteichef zu führen wären. Dann würde vielleicht auch die nächste Wahl für Ahlhaus nicht verloren gehen.

Die Instinkttlosigkeit dieser ganzen sinnlosen Amputationen am öffentlichen Leben zeigte sich bei der Präsentation der Sparbeschlüsse in dem zynisch klingenden Satz, die Kultur sei der eigentliche „Gewinner“ dieser Klausur. Denn mit der Einführung einer Kulturtaxe von fünf Prozent auf jede Hotelübernachtung hofft die grün-schwarze Regierung, zehn Millionen Euro zu erwirtschaften. Diese Summe, die das ganze Drama ja nicht nur unnötig machen, sondern ins Gute hätte wenden können, soll allerdings nicht den Opfern von Reinhard Stuths Kulturpolitik zugeführt werden. Zu drei Vierteln fließt das Geld in die Eventkultur und zu einem Viertel soll es den Tourismus fördern. Wenn die Taxe denn überhaupt kommt. Denn auch die Hoteliers haben bereits rechtliche Schritte gegen diese „Erdrosselungssteuer“ angekündigt.

Dass die reiche Stadt Hamburg gerade wirtschaftlich wieder in Champagner-Laune ist, als hätte es eine Krise nie gegeben, verbittert die betroffenen Kulturarbeiter natürlich besonders. Aber es weckt auch Zorn. „Kampfansage“ steht seit dem gestrigen Donnerstag in riesigen Lettern am Schauspielhaus gegenüber dem Hauptbahnhof. Mit Betteln scheint jetzt erst mal Schluss zu sein.

TILL BRIEGLEB